25 Jahre Mauerfall

Gedenkveranstaltung der CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Die in dieser Publikation dokumentierten Reden wurden im Rahmen einer Gedenkveranstaltung der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament am 11. November 2014 im Europäischen Parlament in Brüssel gehalten.

Inhaltsverzeichnis

Seite 5 **9. November 1989 – „Die Mauer ist offen“**
Herbert Reul MdEP, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Seite 8 **Der Baltische Weg**
Sandra Kalniete MdEP, stv. Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Seite 10 **Die Bewegung der estnischen Bürgerkomitees**
Tunne Kelam MdEP

Seite 13 **Das Paneuropäische Picknick – eine Friedensdemonstration**
Tamás Deutsch MdEP

Seite 15 **Die Samtene Revolution**
Pavel Svoboda MdEP

Seite 17 **Erinnerung für Europa**
S.E. Dr. Marek Prawda, Botschafter der Republik Polen bei der EU

Seite 20 **Alles Geschichte? Der Mauerfall vor 25 Jahren**
Dr. Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Seite 25 **Europas Einheit in Frieden, Freiheit und Demokratie**
Dr. Angelika Niebler MdEP, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

9. November 1989 – „Die Mauer ist offen“

Herbert Reul MdEP, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Exzellenzen,
sehr geehrter Herr Botschafter Dr. Prawda,
sehr geehrter Herr Botschafter Dr. Cuntz,
sehr geehrter Herr Botschafter Silberberg,
sehr geehrter Herr Vizepräsident Wieland,

liebe Kolleginnen und Kollegen, darunter insbesondere die stellvertretenden Vorsitzenden der EVP-Fraktion und die Leiter der nationalen Delegationen:
Frau Sandra Kalniete, stv. Vorsitzende der EVP-Fraktion,
Frau Ester de Lange, stv. Vorsitzende der EVP-Fraktion und Leiterin der Niederländischen Delegation,
Frau Viviane Reding, Leiterin der Luxemburgischen Delegation,
Herr Othmar Karas, Leiter der Österreichischen Delegation,
Herr Ludek Niedermayer, Leiter der Tschechischen Delegation.

Sehr geehrter Herr Generalsekretär des Europäischen Parlaments,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
sehr geehrte Damen und Herren,
und ein besonderer Gruß an die lieben Kollegen aus unserer CDU/CSU-Gruppe, die aus den neuen Ländern kommen.

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich und danke Ihnen, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind.

Wir sind heute zusammengekommen, um dem Fall der Berliner Mauer vor 25 Jahren zu gedenken. Viele von uns erinnern sich an die Bilder von glücklichen Menschen auf der Berliner Mauer, von kilometerlangen Trabi-Schlangen auf den deutschen Autobahnen oder von jubelnden Menschen auf den Straßen und Plätzen in allen Städten der DDR und der alten Bundesrepublik.

Jeder von uns erinnert sich daran, wie er den 9. November 1989 erlebt hat. Ich persönlich kam spät von einer Veranstaltung zurück und fand meine Frau mit Tränen in den Augen vor dem Fernseher. Auf die Frage, was denn passiert sei, antwortete sie: „Die Mauer ist offen.“ Ich konnte es nicht glauben und musste auch die Bilder sehen. Eine spontane Fahrt nach Berlin in den nächsten Tagen, um sich von den Geschehnissen vor Ort zu überzeugen, fiel dann aber leider auf Grund terminlicher Verpflichtungen aus.

Wie damals bestimmen auch in diesen Tagen freudige und positive Bilder und Meldungen die Berichterstattung in den Medien. Das war aber in den vergangenen 25 Jahren nicht immer so. Vieles wurde normal, manches wurde kritisiert, manches Alte gut geredet! Es gibt in Deutschland viele - noch zu viele - Bedenkenträger oder ewig Gestrige, Unbelehrbare.

Die Menschen in der DDR haben Unrecht erlitten - mir ist das am Wochenende wieder einmal bewusst geworden. Am Sonntag habe ich bei einer Gedenkveranstaltung meines CDU-Kreisverbands Rheinisch-Bergischer Kreis eine

Herbert Reul MdEP

Frau erlebt, die von ihren Erfahrungen in DDR-Gefängnissen erzählt hat. Sie und ihr Mann wurden verhaftet, kamen in ein Gefängnis und mussten eine 9 Jahre alte Tochter zurücklassen. Und das nur, weil sie aus der DDR ausreisen wollten. Es ist wichtig, dass wir nicht vergessen, dass es dieses Unrechtsregime in Deutschland gab und dass Deutschland und Europa geteilt waren. Wir brauchen solche Veranstaltungen gegen das Vergessen.

Ich freue mich daher sehr, dass wir mit Herrn Dr. Hubertus Knabe einen Redner für den heutigen Abend gewinnen konnten, der sich wie kaum ein anderer um die Aufarbeitung der sozialistischen Diktatur in Deutschland verdient gemacht hat. Dass es neben der verbreiteten „Ostalgie“ mit ihrem geschichtsvergessenen Bild der DDR auch eine kritische Sicht auf den Unrechtsstaat, der sich zynisch Deutsche Demokratische Republik nannte, gibt, dafür danken wir Ihnen, Herr Dr. Knabe, ganz besonders. Sie wurden und werden immer noch von ehemaligen Stasi-Leuten angefeindet, dafür dass Sie die Hohenschönhausen Stiftung aufgebaut haben und dort über das Unrecht in der DDR berichten.

Ein weiterer Dank gilt der Konrad-Adenauer-Stiftung, die mit ihrer Wanderausstellung „Mythos DDR“ ebenfalls einen wichtigen Beitrag dazu leistet, über das Leben unter der SED-Diktatur zu informieren. Es freut mich besonders, dass es gelungen ist, diese Ausstellung heute hier zu zeigen.

Ich danke auch den Mitarbeitern der CDU/CSU-Geschäftsstelle für die gute Vorbereitung der Veranstaltung.

Dieser Mauerfall fand zwar in Berlin statt, aber er ist selbstverständlich ein Ereignis von europäischer Tragweite. So wie anschließend der Prozess zur Wiedervereinigung Deutschlands nicht ohne die Partner in Europa und Amerika möglich gewesen wäre, hätte es diesen 9. November so nicht gegeben, wären in diesem Schicksalsjahr 1989 nicht bereits vor den Ereignissen in der DDR andere in Mittelosteuropa aktiv gewesen. Es würde zu weit führen, den vielfältigen Widerstand durch Untergrundgruppen seit Kriegsende insbesondere im Baltikum und Polen und die offenen Freiheitsrebellionen in den von der Sowjetunion beherrschten Gebieten seit 1953 im Einzelnen aufzuführen. Aber wir freuen uns, dass einige Kollegen und der polnische Botschafter bei der EU sich bereit erklärt haben, zu berichten, was 1989 in ihren Ländern bereits vor dem Mauerfall geschehen war, was zu Rissen in diesem scheinbar festgefügten Ostblock geführt hatte und damit entscheidend zum Erfolg des 9. November beitragen sollte. Sie alle haben den Deutschen in der DDR Mut gemacht.

Am 23. August 1989 bilden die Bürger Estlands, Lettlands und Litauens die Menschenkette, die des 50. Jahrestags des Hitler-Stalin-Paktes gedachte. An diesen Baltischen Weg erinnern wir heute hier im Erdgeschoss in unserem Parlament. Einen Tag später, am 24. August, erhält Polen eine demokratische Regierung unter Tadeusz Mazowiecki. Die Plaza Solidarność vor dem Europäischen Parlament

erinnert an den langen Freiheitskampf, an dem auch Mazowiecki maßgeblichen Anteil hatte.

Am 10. September öffnet Ungarn die Grenzen für DDR-Bürger. Seit März 1989 hatte bereits dort der Runde Tisch der Opposition getagt, dem der spätere ungarische Ministerpräsident Jozsef Antall als Vertreter des Ungarischen Demokratischen Forums angehörte. Nach ihm ist ein Gebäudeteil hier im Europäischen Parlament benannt.

Am 30. September erlauben die tschechoslowakischen Behörden die Ausreise der Prager Botschaftsflüchtlinge via DDR. Vaclav Havel steht zu diesem Zeitpunkt noch unter Hausarrest, erhält aber am 15. Oktober 1989 in Abwesenheit in Frankfurt den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

All das geht 1989 dem Mauerfall voraus. All das ist Ermutigung für die Menschen in der DDR. Dafür sind wir Deutschen unseren Nachbarn in Mittelosteuropa dankbar. Und deshalb lassen Sie uns zusammen feiern!

Berlin, Brandenburger Tor, 10.11.1989

Der Baltische Weg

Sandra Kalniete MdEP, stv. Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Liebe Kollegen,

unsere historischen Erfahrungen unterscheiden sich. Vor 25 Jahren habe ich den Fall der Berliner Mauer in einer Nachrichtensendung gesehen, die aus Moskau ausgestrahlt wurde. Meine Heimat Lettland war damals noch immer von der Sowjetunion besetzt. Für mich und meine Landsleute war der Zweite Weltkrieg zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu Ende.

Im Rückblick auf die Revolutionen der 90er Jahre möchte ich insbesondere die Bedeutung der demokratischen Volksbewegungen in Osteuropa und im Baltikum betonen, die schließlich zum Fall des Eisernen Vorhangs und zum Zusammenbruch der Sowjetunion führten. Ich bin Kanzlerin Angela Merkel dankbar dafür, dass sie in ihrer während der Feierlichkeiten in Berlin am 9. November gehaltenen Rede unseren Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands anerkannt hat: „Wir Deutschen werden nie vergessen, dass uns die Freiheits- und Demokratiebewegungen in mittel- und osteuropäischen Staaten den Weg zum glücklichsten Moment unserer jüngeren Geschichte geebnet haben."

Die meisten Europäer haben inzwischen vergessen, dass der Freiheitskampf nach der Niederlage der „Solidarität" in Polen 1981 in den von der Sowjetunion besetzten Ländern Lettland, Litauen und Estland im Sommer 1988 mit neuer Kraft fortgesetzt wurde. Gerade hier im Baltikum kamen Hunderttausende zusammen, um Kundgebungen für die nationale Befreiung abzuhalten. Der „baltische Weg" war eine 600 Kilometer lange Menschenkette, die sich durch die drei baltischen Republiken zog und mit der des schrecklichen 50. Jahrestags der Unterzeichnung des Molotow-Ribbentrop-Pakts gedacht wurde. Mit diesem Abkommen teilten die kommunistische Sowjetunion und Nazi-Deutschland Europa in zwei Einflusszonen auf und schufen damit die Grundlage für den Zweiten Weltkrieg.

Damals, als wir uns die Hände zum „baltischen Weg" reichten, waren sich allerdings nur wenige von uns darüber im Klaren, von welcher historischen Bedeutung dieses Ereignis war.

Menschenketten durch die baltischen Republiken, 23.08.1989

Der baltische Weg markierte den Wendepunkt in der Haltung der internationalen Gemeinschaft gegenüber der „Singenden Revolution" in den baltischen Ländern. Bis zu dieser Kundgebung waren wir überwiegend als Nationa-

listen angesehen worden, die Gorbatschows Reformkurs, die deutsche Wiedervereinigung und die Abrüstung gefährdeten. Die Botschaft des baltischen Wegs war jedoch so stark, dass sie von der Welt vernommen wurde: Wir wollen unsere Freiheit zurück! Wir wollen zurück nach Europa, zu dem wir immer gehört haben.

Wenn wir auf die 25 Jahre, die seit den historischen Veränderungen in Europa vergangen sind, zurückblicken, ist es wichtig, dass wir verstehen, warum der Eiserne Vorhang gefallen und die Sowjetunion zusammengebrochen ist. Es ist wichtig, dass wir die Erfolge und Niederlagen dieser 25 Jahre verstehen, damit wir eine bessere europäische Politik verwirklichen und künftig Niederlagen bei der Unterstützung von Demokratiebewegungen in unserer Nachbarschaft vermeiden können.

Wir feiern den Fall des Eisernen Vorhangs zu einem Zeitpunkt, zu dem die europäische und globale Ordnung, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat – ein Formationsprozess, der mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion abgeschlossen wurde –, instabil geworden ist. Diese Ordnung, die sich auf Völkerrecht und internationale Verträge gründet, wurde durch die Annexion der Krim und russische Angriffe auf die Ostukraine erschüttert. Diese unrechtmäßigen Handlungen erwecken in mir das Gefühl, dass sich die Geschichte wiederholt.

Wir sind uns alle darüber im Klaren, dass die Ereignisse in der Ukraine nicht nur entscheidend für die Zukunft des ukrainischen Volkes, sondern auch für die Zukunft Europas sind. Die Geschichte lehrt uns, dass immer dann, wenn die Freiheit eines Volkes zugunsten von Stabilität und Beschwichtigung geopfert wurde, wie es in München und Jalta der Fall war, sich das gewünschte Ergebnis ins Gegenteil umkehrte. Europa wurde zu einem geteilten und instabilen Kontinent. Daraus folgt, dass dem gefährlichen Verhalten Russlands unter Einsatz aller internationalen Instrumente, über die die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika verfügen, Einhalt geboten werden muss.

Sandra Kalniete MdEP

Winston Churchill sagte am 5. März 1946 in Fulton: „Von Stettin an der Ostsee bis Triest an der Adria hat sich ein Eiserner Vorhang über den Kontinent gesenkt.“ In dieser historischen Rede markierte er die Grenze zwischen der freien und demokratischen Welt und totalitärer Diktatur. Wir müssen verhindern, dass der russische Präsident Wladimir Putin einen neuen eisernen Vorhang über Europa, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, niederlässt.

Die Bewegung der estnischen Bürgerkomitees

Tunne Kelam MdEP

Ich möchte den Delegationen der CDU und der CSU in der EVP-Fraktion meinen Dank dafür aussprechen, dass sie diese wunderbare Veranstaltung ermöglicht haben. Das wiedervereinte Europa wird für uns, die wir heute hier zusammengekommen sind, fühlbar und greifbar: frei und gleichberechtigt, groß und klein, im Zeichen der gegenseitigen Achtung, der Zusammenarbeit und der Freundschaft. Ja, wir sind Freunde geworden. Wir haben uns in gegenseitigem Vertrauen und mit unseren gemeinsamen Werten zu einer europäischen Familie vereinigt.

Vor 25 Jahren war das noch anders. Nach dem Fall der Berliner Mauer fing der Osten Europas gerade an, mit seiner „zweiten Lunge" zu atmen, um den Ausdruck von Papst Johannes Paul II. aus seiner Rede an das Europäische Parlament von 1988 zu gebrauchen. Heute ist diese zweite Lunge vollständig funktionsfähig geworden, sie hat sich mit dem Sauerstoff der Freiheit und des politischen Engagements gefüllt.

Den von der Sowjetunion besetzten Staaten des Baltikums stand vor 25 Jahren die endgültige Befreiung noch bevor. Niemand wusste, wann und wie sie stattfinden würde.

Die Lage war bei uns schwieriger und komplexer: Estland, Lettland und Litauen, bis 1940 Mitglieder des Völkerbunds, wurden im Anschluss an den Hitler-Stalin-Pakt, der Europa zwischen zwei aggressiven Diktatoren aufteilen sollte, an die Sowjetunion annektiert. Nach der Annexion verschwanden drei baltische Staaten von der Landkarte Europas. Sie verloren ihre Eigenstaatlichkeit, ihre Nationalflaggen und Symbole und wurden zu autonomen Provinzen der Sowjetunion degradiert.

Polen oder Ungarn wurden zu Satellitenstaaten der Sowjetunion unter kommunistischen Diktaturen, behielten jedoch den Status von international anerkannten Staaten nominell bei und wurden Mitglieder der Vereinten Nationen. Den Ländern des Baltikums standen viel härtere, beinahe unmögliche Aufgaben bevor. Zunächst galt es, aus der Sowjetunion herauszukommen. Danach musste genügend internationale Unterstützung für die Wiederherstellung ihrer Eigenstaatlichkeit gewonnen werden. Für Estland und Lettland kam dies der Hamlet'schen Frage des „Sein oder Nichtsein" gleich. Diese beiden Länder wurden systematisch von russischsprachigen Siedlern aus anderen Regionen der Sowjetunion kolonialisiert. Die Strategie des Kreml trat deutlich zutage: Es sollte erreicht werden, dass sich die Bevölkerungen schließlich mehrheitlich aus Fremden zusammensetzten, was wiederum die illegale Eroberung der baltischen Staaten in der Praxis absichern würde. Ich wage zu behaupten, dass die Esten und Letten zu Minderheiten in ihrem eigenen Land geworden wären, wenn sich die Länder des Baltikums nicht aus den Fängen der Sowjetunion befreit hätten und die Kolonialisierungspolitik in gleichem Maße fortgeführt worden wäre. Eine derartige Situation der Realpolitik hätte jegliche Hoffnung auf die Wiedererlangung einer unabhängigen Eigenstaatlichkeit im Keim erstickt.

Der Fall der Berliner Mauer hatte eine bedeutende Wirkung auf die Stimmung der Esten. Er war wie eine Bot-

schaft der Hoffnung, die vermittelte, dass eine Niederschlagung der politischen und wirtschaftlichen Barrieren innerhalb der Sowjetunion nicht mehr abzuwenden war.
Ich verbinde damit auch persönliche Erinnerungen. Der nächste Tag, es war der 12. November, war ein Meilenstein für die Entwicklung der größten Initiative von Bürgern in der Geschichte Estlands. Sie wurde als die Bewegung der estnischen Bürgerkomitees bezeichnet, die allen Menschen, die zum Zeitpunkt der Besatzung Bürger der unabhängigen Republik Estland waren (oder deren Eltern es waren), vorschlug, eine Erklärung zu unterzeichnen, in der sie angaben, sich nicht als Sowjetbürger, sondern als rechtmäßige Bürger der Republik Estland zu begreifen (die de jure trotz der physischen Besatzung des Landes noch immer existierte). Die Bewegung nahm im Februar 1989 ihren Anfang, litt unter finanziellen Problemen sowie einem fehlenden Zugang zu den Massenmedien und sah sich natürlich mit der Gegnerschaft der sowjetischen Behörden konfrontiert. Trotz Einschüchterungen und Warnungen wurde das Jahr 1989 in Estland zu einem Jahr des Durchbruchs in Bezug auf die Stimmung im Land und auf die Politik. Mit ihrer Unterzeichnung der Erklärung, Bürger eines freien Estlands zu sein, überwanden Zehntausende ihre tiefsitzende Furcht. Infolgedessen wuchs die Bürgerregistrierung, die von hunderten von Freiwilligen durchgeführt wurde, zu einer Massenbewegung an, in deren Verlauf sich 90 % der ethnischen Esten registrierten. Dies entsprach 790 000 von der 1,5 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung, die sich im Übrigen aus 80 000 Angehörigen der sowjetischen Armee und mehreren hunderttausend russischsprachigen Immigranten zusammensetzte. Sie wurde schließlich in der Tat zu einem Referendum für einen unabhängigen Nationalstaat. Dieses Ziel wurde zu einem neuen Leitbild der Bevölkerung, die nicht mehr an den Reformwillen der kommunistischen Partei glaubte. Am Morgen nach dem Fall der Berliner Mauer kam in Tallinn zum ersten Mal das nationale Komitee der estnischen

Tunne Kelam MdEP

Bürgerkomitees zusammen. Ich wurde zum Vorsitzenden dieses neu geschaffenen Organs gewählt.

Die Bewegung der Bürgerkomitees führte zur demokratischen Wahl (Februar 1990) des Kongresses von Estland, dem parlamentarischen Organ für die Übergangszeit, das befugt war, über grundsätzliche Fragen der estnischen Staatlichkeit zu entscheiden.

Die Ereignisse in den Jahren 1987-1991 kamen für Estland einem Wunder gleich. Entgegen allen Erwartungen wurde auf der Grundlage der Rechtskontinuität mit der im Jahre 1918 ausgerufenen Republik die Unabhängigkeit wiederhergestellt. Am wichtigsten ist jedoch, dass sie das Ergebnis von Initiativen der Bürger war, die sie mit ihrem innovativen Geist und ihrem Mut zur Schaffung von wahrlich demokratischen Alternativen innerhalb eines schwächelnden kommunistischen Systems erreichten. Kein Blutvergießen war dafür notwendig, keine Racheakte und keine Gräueltaten. Der Kongress von Estland bot den Teilen der Bevölkerung, die keine Staatsbürger waren, die Möglichkeit an, sich als Bewerber für die estnische Staatsbürgerschaft eintragen zu lassen. 60 000 Menschen folgten

Menschenkette im Baltikum, Estland, 23.08.1989

diesem Aufruf, der den „Realisten“ wie ein kühner Traum erscheinen musste. Nach der Herstellung der Unabhängigkeit Estlands wurde diesen weitsichtigen und mutigen Menschen die Staatsbürgerschaft ohne jegliche Anforderungen verliehen.

Meiner Ansicht nach können wir aus der Geschichte Estlands zwei Dinge lernen. Nichts ist unmöglich. Andererseits kann auch nichts für selbstverständlich erachtet werden. Eine lebendige Demokratie muss tagtäglich durch den Einsatz von aktiven und verantwortungsbewussten Bürgern verteidigt und gestärkt werden, von denen erwartet wird, dass sie stets eigene Alternativen und Ideen einbringen.

Nachdem wir zu Mitgliedern der europäischen Familie geworden sind, ist es unsere Aufgabe, die in unserem gemeinsamen christlichen Erbe verwurzelten Werte zusammen wiederzuentdecken und stolz dafür einzustehen. Ich bin der CDU und der CSU dankbar dafür, dass sie diese Werte immer vertreten haben.

Das Paneuropäische Picknick – eine Friedensdemonstration

Tamás Deutsch MdEP

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 ebnete den Weg für die Wiedervereinigung Deutschlands. Mit dem Fall der Berliner Mauer endete eine Ära und es begann ein neues Kapitel nicht nur der deutschen Geschichte, sondern auch der Weltgeschichte.

Das Paneuropäische Picknick – eine Friedensdemonstration, die am 19. August 1989 an der österreichisch-ungarischen Grenze nahe der Stadt Sopron in Ungarn stattfand – spielte eine entscheidende Rolle für den Mauerfall und die Öffnung der Grenzen.
Im Rahmen der friedlichen Demonstration flohen mehr als sechshundert DDR-Bürger, die an dem Picknick teilgenommen hatten, in den Westen, indem sie den Eisernen Vorhang überwanden, der die Staaten des Westens von den Staaten des Ostens trennte.

Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte bei den Feierlichkeiten anlässlich des 20. Jahrestags des Paneuropäischen Picknicks dessen Bedeutung: „Die Bundesrepublik Deutschland und die Menschen in Deutschland werden nicht vergessen, welchen Beitrag Ungarn dafür geleistet hat, dass wir alle heute in Freiheit leben dürfen.“ Denn nach dem Paneuropäischen Picknick, so Kanzlerin Merkel, konnte „[d]ieses Grenztor [...] nie wieder geschlossen werden. Es hat nur noch wenige Monate gedauert, bis die gesamte Mauer des Kalten Krieges in sich zusammenbrach.“

Tamás Deutsch MdEP

Drei Wochen später, am 11. September 1989, öffnete Ungarn seine Grenzen zu Österreich endgültig für DDR-Bürger. Am 9. November des gleichen Jahres fiel die Berliner Mauer. Die Ereignisse in Ungarn im August 1989 werden noch heute als erste Schritte hin zum Fall der Berliner Mauer und als Einleitung des Übergangsprozesses betrachtet.

Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zum Mauerfall und dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime war die Demonstration am 21. August 1989 in Prag, in deren Rahmen zehntausende von Menschen an den Einmarsch des Militärs von fünf Staaten des Warschauer Pakts 1968 in die Tschechoslowakei erinnerten. Ich selbst wurde als Organisator der Demonstration gemeinsam mit einigen anderen Organisatoren vor Gericht gebracht. Es kam zu

Paneuropäisches Picknick, 19.08.1989

einem für den Kommunismus typischen Schauprozess und ich wurde zu einer Haftstrafe verurteilt. Der offizielle Grund für meine Inhaftierung war, dass ich die öffentliche Ordnung gestört hätte. Der wahre Grund war jedoch, dass die anderen Organisatoren und ich es gewagt hatten, unsere Stimmen gegen die kommunistische Diktatur zu erheben.

Heute, 25 Jahre nach den Ereignissen des Jahres 1989, gibt es keine physischen Barrieren mehr, die die Länder und Bürger Europas voneinander trennen. Dennoch müssen wir in unserem – nach dem Fall der Berliner Mauer wiedervereinigten – Europa weiterhin daran arbeiten, dass zwischen den Ländern Europas keine symbolischen Mauern errichtet werden können.

Auch 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer ist es weiterhin unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass Europa wirklich frei ist. Europa kann nur dann stark und erfolgreich sein, wenn es ein freier Verbund von hunderten Millionen freier Europäer ist.

Die Samtene Revolution

Pavel Svoboda MdEP

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist eine große Ehre für mich, dass ich eingeladen wurde, anlässlich dieses Festes der Freiheit zu Ihnen zu sprechen. Ich tue dies als tschechischer Bürger, dessen Nachname „Svoboda“ auf Deutsch „Freiheit“ bedeutet. Wir feiern heute in der Tat Freiheit und Demokratie.

Es berührt mich sehr, heute als Vorsitzender des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments vor Ihnen zu stehen. Es berührt mich, weil ich unter dem kommunistischen Regime große Schwierigkeiten hatte, ein Studium der Rechtswissenschaften aufzunehmen; nicht, weil ich die Aufnahmeprüfung nicht bestanden hätte, sondern weil dieses Studium als ein Eckpfeiler der kommunistischen Bildung betrachtet wurde und ich aus einem regimekritischen christlichen Umfeld stammte und Probleme mit der tschechischen Stasi hatte.

Mein Land bewegte sich langsam in Richtung Demokratie, besonders in den Jahren 1988 und 1989. Diejenigen, die bereit waren, ihre Karrieren aufs Spiel zu setzen, organisierten Petitionen und Demonstrationen. Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgten wir die Ereignisse in Ostdeutschland, der damaligen DDR. Dabei waren wir im Grunde genommen neidisch: Wir sahen zu, wie Ostdeutsche über Ungarn aus der DDR ausreisten. Wir sahen zu, wie 3 500 Ostdeutsche das Gelände der bundesdeutschen Botschaft in Prag besetzten. Damals hätte man denken können, dass in Prag ein Weltkongress der Trabant-Besitzer abgehalten würde, so viele dieser Fahrzeuge wurden in den Straßen von Prag zurückgelassen. Und wir Tschechen, die wir unser eigenes Land aufgrund des äußerst strengen sozialistischen Regimes „Absurdistan“ nannten, fragten: Was ist mit uns? Wir hatten hart gearbeitet und Opfer gebracht, um Demokratie und Freiheit zu erlangen. Aber in der Tschechoslowakei änderte sich nichts.

Pavel Svoboda MdEP

Wir waren jedoch umsonst neidisch. Wir waren neidisch, weil wir einer seit Jahrhunderten bekannten Prophezeiung keine Beachtung geschenkt hatten. Demnach stehen Tschechien gute Zeiten bevor, wenn Agnes von Böhmen kanonisiert, d. h. heiliggesprochen wird. Wir waren neidisch, weil wir nicht darauf achteten, dass nur drei Tage nach dem 9. November 1989 Agnes von Böhmen heiliggesprochen werden sollte. Daher konnten wir nicht glauben, dass die Samtene Revolution nur acht Tage später beginnen würde.

Wenzelsplatz in Prag, November 1989

Drei Dinge müssen wir daraus lernen: Erstens: Historische Prophezeiungen sollten nicht unterschätzt werden. Zweitens: Weitreichende soziale Veränderungen fallen nicht vom Himmel, sondern sind das Ergebnis der Handlungen mutiger Menschen, die für Demokratie und Freiheit Risiken eingehen. Drittens: Wenn wir den Fall der Berliner Mauer feiern, sollten wir auch daran denken, dass in der Zwischenzeit weitere Mauern dieser Art in unserer nächsten Nähe errichtet werden. So kann beispielsweise durch die Einstellung von Gaslieferungen eine neue, wenn auch weniger sichtbare Mauer entstehen.

Erinnerung für Europa

S.E. Dr. Marek Prawda, Botschafter der Republik Polen bei der EU

Nach der Lektüre des Textes *Phrasen der Erinnerung* von Jacques Schuster hatte ich keine Ruhe mehr. Auch mich verfolgt der Gedanke, dass viele Hauptakteure einer der wichtigsten Revolutionen der Geschichte, der von 1989, heute merkwürdig still geworden sind oder uns nur mit ihren „Erlebnissen" beschäftigen, statt sich an den brennenden aktuellen Debatten zu beteiligen. Sie hätten doch Statur und Kompetenz, um uns durch die neue Wirklichkeit zu lotsen oder zumindest ein gewichtiges Wort dazu zu sagen. Ich bin auch sehr dafür, dass man sie noch nicht in ihre „Museen" hereinlässt.

Nach der Erfahrung aus manchen Gedenkveranstaltungen – u.a. in Brüssel, wo ich jetzt arbeite – gewann ich aber den Eindruck, dass wir alle die Hand daran anlegten, das Gedenken an 1989 zu „musealisieren". Wir finden es spannend, stundenlang zu diskutieren, wie „Brüssel" (mit ihrer legendären Einigkeit und Schnelligkeit, versteht sich!) auf die Ereignisse in Ostmitteleuropa reagierte und somit die Welt mitveränderte. Manche Chronisten diskutieren bis zum Umfallen mit anderen Chronisten, die die Sequenz der Ereignisse kurz vor dem Mauerfall vielleicht nicht ganz richtig wiedergaben. Um innovativ zu klingen, verteidigt man die These, dass die Mauer nur aus Versehen geöffnet wurde oder, dass das alles nur eine Intrige der Geheimdienste gewesen wäre. Die modernen Kassandras zupfen uns am Ärmel, um die Vergangenheit vorauszusagen, d.h. zu erklären, was man hätte ganz anders, viel besser, machen sollen. Und die Hauptstädte pflegen unentwegt und selbstzufrieden ihre eigenen nationalen Geschichten von 1989.

S.E. Dr. Marek Prawda

Mit den so formulierten Fragen verstellen wir uns, wie ich meine, den Blick auf das eigentliche Vermächtnis von 1989. Das kann aber nicht die Schuld der Bürgerrechtler sein. Es ist nämlich wichtig, in welchem Verständnis wir alle über 1989 sprechen, ob wir imstande sind, aus der national-heroischen Perspektive auszubrechen? Zu diesem Grundverständnis muss die Einsicht gehören, dass die Mauer nicht von alleine gefallen ist. Dass dem Systemwechsel eine lange Geschichte der Oppositionsbewegungen in unserer gesamten Region vorausging. Eine Geschichte darüber, wie man die autoritäre Macht ideologisch zu entwaffnen suchte, woran etwa Adam Michnik in Warschau und Vaclav Havel in Prag arbeiteten. Bevor Michnik zu einer Legende für uns wurde, waren mutige Dissidenten aus der Sowjetunion seine Vorbilder gewesen. Roland Jahn, der ehemalige Bürgerrechtler aus Jena, er-

zählte, dass am 9. Oktober 1989 auf dem Leipziger Innenstadtring (die berühmte Freiheitsdemonstration) die *Solidarność* symbolisch „mitgelaufen ist". Zu diesem Hinweis auf die inspirierende Rolle der polnischen Protestbewegung kann ich hinzufügen, dass auch wir in Warschau fieberhaft und mit viel Hoffnung die Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche verfolgten. Wir haben „mitgebetet". So entsteht Europa.

Viele in der Region haben sich damals gegenseitig gestärkt und ein Wir-Gefühl entwickelt. Und das ist die Geschichte, die wir uns heute erzählen sollten. Die Bürgerrechtler könnten uns einen Impuls geben für das Gespräch darüber, warum Europa wichtig ist, warum man die Gemeinschaft und ihre Werte - besonders bei politischem Unwetter - entschlossen verteidigen muss, und warum bei den sehr technischen Brüsseler Debatten nicht vergessen werden darf, dass es hier immer mehr als das auf dem Spiel steht. Sie wissen es am besten, weil sie aus den Ländern kommen, die die kommunistische Vergangenheit noch in den Knochen haben. Vor dem Hintergrund der Spaltung Europas lässt sich der tiefere Sinn der Integration leichter erschließen.

Vor 25 Jahren waren die Gesellschaften in Ostmitteleuropa bereit, alles in einem Paket zu kaufen: liberale Demokratie mit einem universalen Verständnis von Menschenrechten und sozialer Marktwirtschaft. Der Osten wollte Westen werden. Und wir gaben uns der Illusion hin, dass dies das Ziel von allen anderen sein wird – früher oder später. Heute wissen wir es – nicht überall wartet man auf das europäische demokratische Modell mit demselben Enthusiasmus. Lech Wałęsa besuchte Tunesien nach der dortigen Revolution, um über unsere Reformen nach dem Systemwechsel zu erzählen (eine klassische Aufgabe für die ehemaligen Oppositionellen, die sich Jacques Schuster und ich wünschen). Er erfuhr, dass manche der nordafrikanischen Völker sich aus dem europäischen Paket nur einiges zu nehmen bereit sind – das, was ihnen im Rahmen ihrer gegenwärtigen, sicherlich notwendigen, Identitätsarbeit gerade nützlich erscheint. Und im allgemeinen – wir alle in Europa erfahren zur Zeit, dass unser Modell von autoritären Alternativen herausgefordert wird. Von außen und innerhalb Europas. Eine hörbare und unzensierte Stimme der Protagonisten des demokratischen Umbruchs wird dringend gebraucht.

Es ist umso wichtiger, weil der untrennbare Zusammenhang von politischen und wirtschaftlichen Freiheiten immer häufiger in Frage gestellt wird. Es unterliegt keinem Zweifel, dass wir unseren wirtschaftlichen Aufschwung der Einführung der liberalen Demokratie verdanken. Und es ist unsere Pflicht, darüber zu erzählen. Als mich vor zweieinhalb Jahren Präsident Joachim Gauck fragte, wie wir in Polen heute den Begriff „Freiheit" definieren, antwortete ich: mit dem Niveau der Renditen der zehnjährigen Staatsanleihen. Sie waren damals sensationell niedrig, was ein deutliches Zeichen plötzlichen Vertrauens der Finanzmärkte in die Wirtschaft Polens war. Nur der Staat ist „frei", der billige Anleihen machen kann. Den Umbruch von 1989 und den nachfolgenden EU-Beitritt betrachteten wir in der Region als eine gemeinsame Rückkehr zur Freiheit. Es handelte sich aber ebenfalls um die Freiheit, die Regeln einer radikalen Wirtschaftsreform und Stabilitätskultur anzunehmen.

Übrigens – die Bereitschaft zu wirtschaftlichen Reformen hält sich im Moment in der Union eher in Grenzen. Hilfreich wären deshalb die Stimmen der früheren Oppositionellen, die dann als Politiker oder Gewerkschafter, in der Transformationsphase für die politische Abschirmung der (immer unpopulären) Strukturreformen sorgten. Dass die naturgemäß sozial geprägte Gewerkschaft einer kapitalistischen Reform in Polen den Weg ebnete, war kein Aus-

rutscher der Geschichte, sondern ein Gebot historischer Vernunft. Wer die „Härte“ der polnischen Reformen nach 1989 kritisiert, der sollte wissen, dass 40 Prozent der neuen Unternehmer nach dem Systemwechsel frühere Arbeiter waren. Ich füge dieses Beispiel an, weil wir in Brüssel immer wieder vor vergleichbare Herausforderungen gestellt werden. Die augenblickliche Quadratur des Kreises heißt: Wachstum durch massive Investitionsprojekte fördern, ohne dass dabei die Sparpolitik und fiskale Disziplin Schaden nehmen.

Jaques Schuster sehnt sich mit Recht nach etwas mehr Aufmerksamkeit der Bürgerrechtler für die Belange der Ukrainer. Auf dem Majdan ging es doch auch um „ihre“, das heißt europäische Werte. Nach einer anderen Lesart - die wir alle kennen - wurden dagegen auf dem Majdan nur die Werte der von außen gesteuerten Unruhestifter verteidigt. Polnische Opposition und die Massenbewegung *Solidarność* musste mit einem solchen Etikett sehr lange leben, so hatte man viel Zeit, um Sympathie für all die zu entwickeln, die ähnlich beschimpft wurden. Als die Flüchtlinge aus der DDR im frühen Herbst 1989 in Warschau ankamen (insgesamt waren es 6.000 Menschen), berichtete die Ostberliner Presse, dass diese friedlichen Urlauber durch die von außen gesteuerten Unruhestifter gezwungen wurden, in Polen zu bleiben. Das von Herzen kommende Mitleid mit den damals so „brutal traktierten“, braven DDR-Bürgern, widme ich den zahlreichen Mitmenschen, die es immer schaffen, einen Grund zu finden, an Märchen zu glauben.

Transparent der polnischen Gewerkschaft *Solidarność,* 1982

Alles Geschichte? Der Mauerfall vor 25 Jahren

Dr. Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Sehr verehrter Herr Reul, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

es ist in den letzten Tagen viel über die DDR und die Öffnung der Berliner Mauer gesagt und in Erinnerung gerufen worden: die Angst, der Mut, das plötzliche Ende eines für unauflöslich gehaltenen Zustands. Ich will das nicht wiederholen. Ich will mich auf die Lehren aus 40 Jahren DDR konzentrieren. Denn unsere Geschichte ist das einzige „Lehrbuch", in dem wir nachlesen können, wohin welche Ideologien führen, wie politische und wirtschaftliche Systeme funktionieren und wie sich Menschen unter bestimmten Bedingungen verhalten. Deswegen ist es wichtig, sie zu kennen, auch wenn sie lange zurückliegt. Und die DDR kann uns vieles lehren.

Zum Beispiel die Gefahren der Utopie: Die kommunistische Idee hat den Menschen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit versprochen. Das Paradies sollte nicht erst im Jenseits, sondern bereits auf Erden errichtet werden. Wie langweilig und visionslos ist dagegen die Demokratie! Viele denken deshalb bis heute: Die kommunistische Idee war gut, nur ihre Durchführung nicht. Gerade für junge Leute mit ihrem großen Gerechtigkeitssinn ist diese Idee anziehend. Getreu dem Motto: Wer in seiner Jugend kein Kommunist ist, hat kein Herz. Doch wer im Alter noch Kommunist ist, hat keinen Verstand.
Denn die Utopie hat einen großen Haken – abgesehen davon, dass Freiheit und Gleichheit unvereinbare Gegensätze sind: Wenn Freiheit herrscht, herrscht auch Ungleichheit. Wenn Gleichheit herrscht, herrscht auch Unfreiheit, weil die Menschen eben nicht gleich sind. Indem die Utopie ein Ziel vorgibt, für das es sich lohnt zu kämpfen, verändert sie unser Handeln. Der gute Zweck heiligt auch schlechte Mittel. Die sich in den Weg stellen, müssen – so sahen es die Kommunisten – niedergerungen werden, notfalls mit Gewalt. Marx sagte: Wir brauchen eine gewaltsame Revolution, um eine bessere Gesellschaft zu errichten. Wir brauchen danach eine Diktatur des Proletariats, um die Gegner niederzuhalten. Erst dann ist die Schaffung einer neuen Gesellschaft und eines neuen Menschen möglich. Dieses Konzept ist auch heute sehr aktuell, wenn wir an den Islamischen Staat, den Terrorismus oder linksextremistische Gewalt denken.

Die DDR lehrt uns also: Vorsicht vor Utopien, die uns das Paradies versprechen! Vor allem wenn sie es mit Gewalt erreichen wollen. Stasi und Mauer waren keine „Fehler" bei der Umsetzung der eigentlich guten Idee, sondern ihre zwangsläufige Folge. Weil es immer Menschen geben wird, die anders denken. Weil der Anspruch, einen neuen Menschen schaffen zu wollen, totalitär ist und nur mit Unterdrückung zu erreichen ist. Weil man die, die sich nicht dem Ideal fügen wollen, aus dem Weg räumen oder einschüchtern muss. Dazu brauchte man die Stasi. Weil man die, die das Erreichen der Utopie gefährden könnten, rechtzeitig erkennen muss, muss man die Gesellschaft auch umfassend überwachen. Für den DDR-Minister für Staatssicherheit Erich Mielke lautete die Hauptfrage: „Wer ist wer?" Um dies herauszufinden, gab es das gigantische Spitzelsystem der Stasi.

Die, die sich nicht umerziehen lassen und die sich der Diktatur auf dem Weg zum vermeintlichen Paradies durch Flucht entziehen wollen, muss man daran hindern, damit ihr Beispiel nicht Schule macht. Deswegen brauchte die DDR ihre monströse Grenze, die mit dem Begriff „Mauer“ nur unvollkommen bezeichnet wird. Deswegen brach das kommunistische System in dem Moment zusammen, als die Grenze, erst in Ungarn und dann in Berlin, aufging. Die Menschen verloren ihre Angst, denn es gab plötzlich eine Alternative zum Leben in der DDR – nämlich in den Westen zu gehen. Plötzlich sahen sich die Machthaber einem Volk gegenüber, das sich nicht mehr so leicht einschüchtern und beherrschen ließ.

Die Lehre aus der DDR lautet also: Der Weg ist das Ziel. Die Qualität eines Systems erweist sich nicht in der Zukunft, sondern in der Gegenwart. In der DDR gab es dazu einen passenden Witz: „Was ist der Unterschied zwischen dem Sozialismus und einem Märchen? Das Märchen fängt an mit ‚Es war einmal‘, der Sozialismus fängt an mit ‚Es wird einmal.‘“ Man könnte hinzufügen: Und die Demokratie fängt an mit „Es ist einmal!“

Die DDR kann uns aber noch mehr lehren: Dass der Staat ein schlechter Verwalter der Wirtschaft ist. Die zyklenhaften Krisen der kapitalistischen Ökonomie haben die Marxisten zu der Annahme gebracht, es sei besser, wenn der Staat die Wirtschaft plant und lenkt. Und auf den ersten Blick ist das auch eine faszinierende Idee: Dass Unternehmen ihre Kräfte nicht mehr darin vergeuden, sich gegenseitig Konkurrenz zu machen. Dass es keine Ressourcenverschwendung durch Überproduktion gibt. Dass nicht anarchisch und wild produziert, sondern nachhaltig geplant wird, was gebraucht wird und was sinnvoll ist. Sympathien für diese Idee einer zentralen Vernunftinstanz findet man auch heute noch und nicht nur in den Reihen der Linkspartei.

Dr. Hubertus Knabe

Doch die DDR hat gezeigt, wozu diese Idee geführt hat: In der DDR wurden zuerst die Banken, dann die Industriebetriebe verstaatlicht. Später kamen auch noch die Handwerker und Kleinstbetriebe dran, weil sie als Überbleibsel der bürgerlichen Gesellschaft und Fremdkörper im Sozialismus galten. Die Großbetriebe wurden dann in monopolartigen Kombinaten zusammengefasst. Der Großteil der Produktionsmittel gehörte dem Staat und wurde in Jahresplänen zentral gesteuert. Das Politbüro legte genau fest, wer wovon wie viel produzieren sollte und wer wovon wie viel verbrauchen sollte. Da die Menschen sich nicht daran hielten, gab es Mangelwaren und Ladenhüter. Normalerweise führt dies dazu, dass die einen teurer und die anderen billiger werden. Damit dies nicht geschieht, wurden auch die Preise staatlich festgelegt. In diesem Modell der zentralen Planwirtschaft muss natürlich auch der internationale Warenhandel staatlich kontrolliert werden, das heißt, nichts darf unkontrolliert hinein- oder hinauskommen. Die DDR war deshalb nicht nur eine politische Diktatur, sondern auch eine ökonomische Diktatur – über die Produktion, über die Preise, über den Handel und, wie die ungarische Philosophin Agnes Heller schrieb, auch über die Bedürfnisse des Menschen.

Die Folgen dieser staatlich gelenkten Wirtschaft waren:

- Die DDR-Ökonomie wurde extrem unflexibel, ineffektiv und innovationsfeindlich.
- Es kam zu einer enormen Verschwendung an Energie, Rohstoffen und Arbeitskraft – deswegen gab es auch keine Arbeitslosigkeit, sondern ständigen Arbeitskräftemangel.
- Es kam zu riesigen Problemen in der Warenversorgung, da es das, was man brauchte, nicht gab. Auf ein Auto musste man mindestens zwölf Jahre warten, um nur ein Beispiel zu nennen. Und diese Mangelwirtschaft machte das Leben ungeheuer unfrei und anstrengend.
- Natürlich gab es auch keine internationalen Produkte, da die Währung in einer abgeschotteten Wirtschaft nicht konvertibel ist, von Reisen in andere Länder ganz zu schweigen.
- Die staatliche Regulierung der Preise führt dazu, dass diese nicht mehr die tatsächlichen Kosten ausdrückten. Das wiederum führte zu einer völligen Verzerrung der Wertigkeit der Produkte. In der DDR war es billiger, Brot zu verfüttern als Futtermittel, und die Häuser verfielen, weil die Mieten die erforderlichen Instandhaltungsmittel nicht berücksichtigten.
- Die geringe Produktivität führte bald auch zu einer enormen Staatsverschuldung, da man zunehmend auf Pump lebte.
- Städte, Betriebe und Infrastruktur verfielen, weil der Staat keine Mittel zu ihrer Modernisierung hatte.
- Anders als in der Theorie einer nachhaltig geplanten Staatswirtschaft angenommen, wurde auch die Umwelt in der DDR schamlos ruiniert.
- Und die Planbürokratie bildete einen teuren bürokratischen Wasserkopf, der gigantische Mittel verschlang, um all die Prozesse zu lenken und zu kontrollieren. Da die Planzahlen, die jedes Jahr gemeldet wurden, oft nur auf dem Papier standen, kam es zu einem umfassenden Realitätsverlust, wie es wirklich um die Ökonomie stand. Der Volksmund in der DDR fand dafür das Bonmot: „Wir tun so, als ob wir arbeiten, und ihr tut so, als ob ihr uns bezahlt."

Auch hier gilt: Nicht die schlechte Ausführung, sondern die Idee der zentralen Planwirtschaft ist die Ursache dieses Zustands gewesen. Denn es ist eine gigantische Selbstüberschätzung zu glauben, man könnte die vielschichtigen ökonomischen Prozesse allesamt zentral durch den Staat lenken.

Die Erfahrung der DDR zeigt: Die Menschen brauchen nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Freiheit. Ehrgeiz, ja Egoismus ist gut, wenn er unter fairen Rahmenbedingungen erfolgt. Der Mensch braucht möglichst viel Bewegungsspielraum, um seine Potenzen, seine Phantasie und Kreativität entfalten zu können. Wie schrecklich wäre es, wenn nur noch der Staat produzieren und Handel treiben würde! Wie sehr bliebe die menschliche Kreativität auf der Strecke!

Die Lehre aus der DDR lautet also: Vorsicht vor politischen Bewegungen, die die Überwindung des kapitalistischen Systems fordern – so wie es zum Beispiel die Partei DIE LINKE in ihrem Programm tut. Nicht die Abschaffung des Kapitalismus steht auf der Tagesordnung, sondern die kluge Gestaltung seiner Rahmenbedingungen, damit das Potential der Menschen möglichst gut zur Entfaltung kommt. Es wird dabei auch immer wieder zu Übertreibungen und Problemen kommen, weil die Marktwirtschaft ein lebendes und wachsendes System ist. Aber die gilt es jeweils zu korrigieren, statt das System insgesamt abzuschaffen und durch das Elend einer geplanten Staatswirtschaft zu ersetzen.

Wenn man sich mit Diktaturen wie der DDR beschäftigt, kann man auch viel über die Menschen lernen. Vor

allem wie relativ leicht es ist, sie zu Gehorsam zu bewegen, zur Anpassung und zur Unterordnung, auch unter ein unmenschliches System. Die meisten Menschen wollen in Harmonie mit ihrer sozialen Umwelt leben, sie passen sich an und stellen sich ungern als einzelner gegen die sie umgebende Gruppe. In der DDR wurde dieser soziale Anpassungsdruck gezielt und exzessiv eingesetzt: bei Massenaufmärschen, bei Parteiversammlungen, in Betriebskollektiven und sogar in Schulklassen und Kindergärten. Durch die Zwangsmitgliedschaft in Organisationen wie der SED, der FDJ usw. sollte erreicht werden, dass der Mensch nicht mehr als Individuum agiert, sondern als Teil der Masse.
Die DDR lehrt uns, dass es sich nicht empfiehlt, nur auf die anderen zu schauen und ihnen hinterherzulaufen. Jeder muss selbst entscheiden, was er tut und was er nicht tut, sollte sich seiner Verantwortung als Individuum bewusst sein und aus dieser Verantwortung heraus handeln. Dies gilt auch in der Demokratie, wo der soziale Anpassungsdruck zwar verdeckter, aber ebenfalls erheblich ist. Eine funktionierende Demokratie braucht freie selbstbewusste Bürger, „citoyens“, wie sie im Französischen heißen, und diese Rolle muss man erst erlernen und zwar jede Generation neu.

Der Anpassungsdruck in der DDR wurde in starkem Maße durch ein Instrument erzeugt, das schon die Nationalsozialisten erfolgreich angewandt hatten: Das Denken in Freund-Feind-Schemata. Es beruht darauf, das Volk um einen Führer zu scharen, indem eine bestimmte Gruppe oder eine andere Nation zum Feind erklärt wird. Was bei den Nationalsozialisten der Rassenhass war, war bei den Kommunisten der Klassenhass. Er ermöglichte es, ganze gesellschaftliche Schichten sowie die Staaten des Westens zu Feinden zu erklären, die man bedingungslos bekämpfen müsse. Dieser staatlich erzeugte Hass führte nicht nur zu einem bizarren dichotomischen Weltbild, in dem jedes hausgemachte Problem grundsätzlich als vom Feind verursacht interpretiert wurde. Er ließ auch offenkundig inhumane Handlungen unversehens als legitim erscheinen. Der Stasi-Vernehmer in Hohenschönhausen oder der Grenztruppenkommandeur an der innerdeutschen Grenze – sie hatten kein schlechtes Gewissen, wenn sie einen Menschen quälten oder gar erschossen, weil sie ihn als Feind des Sozialismus betrachteten, der eben ausgeschaltet werden musste.

Die DDR lehrt uns deshalb: Seien wir vorsichtig bei Ideologien, die in Schwarz-Weiß-Schemata denken. Hüten wir uns besonders vor politischem Hass und vergessen wir nie, dass jeder Mensch Anspruch auf humane Behandlung und Respektierung seiner Grundrechte hat. Es kommt aber noch ein anderer Aspekt hinzu, der uns Deutsche vielleicht besonders betrifft. Der Mensch ist ein soziales Wesen und deshalb neigt er dazu, sich in Hierarchien einzufügen. Was Vorgesetzte anordnen, muss ausgeführt werden, je höher diese stehen, desto bedingungsloser. Erst Recht, wenn es sich nicht um individuelle Befehle handelt, sondern um schriftlich fixierte Regeln, Vorschriften und Gesetze.

Die DDR war nicht nur streng hierarchisch aufgebaut, so dass alle wesentlichen Entscheidungen vom ZK-Apparat, vom Politbüro und meist sogar vom Generalsekretär der SED persönlich getroffen wurden. Es gab auch ein beständig weiter ausgebautes Regelwerk, das das Unrecht nicht nur legitim, sondern auch legal erscheinen ließ. Ein Stasi-Offizier fühlte sich nicht persönlich dafür verantwortlich, wenn er jemanden überwachen oder verhaften ließ. Er folgte nur seinen Befehlen und den Vorschriften und Gesetzen. Wenn sich jemand abfällig über den Parteichef äußerte, war dies eben staatsfeindliche Hetze, also nach § 106 des DDR-StGB eine Straftat. Wenn jemand einmal in seinem Leben den Kurfürstendamm in West-Berlin sehen wollte, war dies ein versuchter ungesetzlicher Grenzübertritt, also § 213 StGB.

Dass das Unrecht rechtsförmig daher kommt, ist das zentrale Kennzeichen der Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Diese Verrechtlichung erleichtert es ungemein, die Menschen zum Gehorsam zu bewegen. Und deswegen haben die meisten Stasi-Mitarbeiter bis heute kein schlechtes Gewissen, sondern meinen, sie hätten stets nach Recht und Gesetz gehandelt. Sie beanspruchen für sich den Satz: Was gestern Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.

Die DDR lehrt uns also, dass wir nicht nur auf Amt, Status oder Hierarchie schauen sollten, wenn wir aufgefordert werden, eine Handlung auszuführen. Auch die Rechtsförmigkeit einer Handlung enthebt uns nicht der Verantwortung, ihren Inhalt zu beurteilen und am Ende selber zu entscheiden, ob wir sie ausführen oder nicht. Ich will hier nicht der Anarchie das Wort reden, aber dafür sensibilisieren, dass Unrecht auch rechtsförmig geschehen kann. Diese Lehre ist auch heute noch aktuell, gerade in Deutschland und in der EU, wo man immer wieder in Situationen gerät, wo nicht nach Sinn und Unsinn einer Handlung, sondern nach dem Wortlaut einer Vorschrift entschieden wird. Bei allem Respekt für den Rechtsstaat sollten wir immer dann alarmiert sein, wenn er zu Handlungen führt, die offenkundig der Humanität und dem Gerechtigkeitsempfinden der Menschen widersprechen.
Da die meisten Menschen keine Helden sind und Angst haben, sich zu widersetzen, lautet eine weitere und die vielleicht wichtigste Lehre aus der Geschichte: Wehret den Anfängen! Wenn eine Diktatur erst einmal installiert ist, ist es in der Regel zu spät, Widerstand zu leisten.

Umso mehr Respekt verdienen deshalb jene Menschen, die ihre Angst überwanden und dafür oftmals genug schwere persönliche Konsequenzen in Kauf nehmen mussten. Sie sollten für uns Vorbild sein. Es wird deshalb Zeit, dass in Berlin nicht nur der verschiedenen Opfergruppen des Nationalsozialismus gedacht wird, sondern auch der Verfolgten des Kommunismus. Ich bin froh, dass Bundestagspräsident Lammert diese Forderung der SED-Opferverbände bei seiner Ansprache am 7. November im Bundestag ausdrücklich erwähnt hat.

Einzelne Staaten, darunter auch Deutschland, haben in den letzten Jahren eine Reihe von Anstrengungen unternommen, die Erfahrung des Kommunismus aufzuarbeiten und an die kommenden Generationen weiterzugeben: Neue Schulbücher, Museen und Gedenkstätten sind entstanden, die Stasi-Akten wurden zugänglich gemacht. Diese Anstrengungen sind ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn sie, gemessen am Bewusstsein der Bevölkerung, offenkundig noch nicht ausreichen.

Auf europäischer Ebene, so scheint es jedoch, ist man sich dieser Verantwortung bisher nicht bewusst. Die Erfahrung des Kommunismus hat kaum Eingang in das europäische Geschichtsverständnis und in die europäische Erinnerungskultur gefunden. In der EU wird so vieles reguliert – nicht aber so zentrale Fragen wie die Bestrafung der Täter, die Entschädigung der Opfer oder das Verbot der Symbole totalitärer Gewaltherrschaften. Es gibt nicht einmal effiziente Programme zur Förderung eines historischen Bewusstseins, das die doppelte Diktaturerfahrung Europas angemessen reflektiert.

Als einen Beitrag dazu plant die Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen deshalb mit ihren Partnern ein internationales Register der Verfolgten des Kommunismus in Europa aufzubauen. Das Projekt wird auch vom deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck unterstützt. Ich würde mich sehr freuen, wenn sich die Abgeordneten der EVP dafür einsetzen würden, dieses Projekt finanziell zu fördern.

Europas Einheit in Frieden, Freiheit und Demokratie

Dr. Angelika Niebler MdEP, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Exzellenzen,
sehr geehrte Herren Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Generalsekretär des Europäischen Parlaments,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
sehr geehrte Damen und Herren,

ganz besonders möchte ich Ihnen, Herr Botschafter Prawda, den Kolleginnen und Kollegen, die ihre Erlebnisse aus dem Herbst 1989 mit uns geteilt haben, und Ihnen, Herr Dr. Knabe danken. Dass Ihnen diese Gedenkveranstaltung kein beliebiger Pflichttermin, sondern eine echte Herzensangelegenheit ist, haben wir alle gespürt.

Ihre Worte haben deutlich gemacht, dass wir dem Fall der Berliner Mauer, der Wiedervereinigung Deutschlands nur im Zusammenhang mit dem Ende der sozialistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa und der Wiedervereinigung Europas gedenken können.

Dass die Sehnsucht nach Frieden, Freiheit und Demokratie schon damals die Völker Europas über die Grenzen hinweg verband, zeigt beispielsweise der Aufruf „Lernt Polnisch“, den oppositionelle Gruppen in der DDR in den 80er-Jahren verbreiteten. Dieser Aufruf, der heute eher wie ein Werbeslogan für das Erasmus-Programm klingt, sollte das Todschweigen des herrschenden Kriegsrechts in Polen durch die staatlich kontrollierten Medien der DDR brechen.

Herbert Reul MdEP, Dr. Hubertus Knabe, Dr. Angelika Niebler MdEP

Der DDR-Oppositionelle Thomas Kretschmer, der selbstgebastelte Neujahrskarten mit diesem Slogan verschickte, wurde dafür zu vier Jahren Haft verurteilt. 1982 wurde der heutige Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde, Roland Jahn, verhaftet, weil er an seinem Fahrrad eine Fahne mit der Aufschrift „Solidarität mit dem polnischen Volk“ in polnischer Sprache befestigt hatte. Und dass in einem Land, in dem in jeder Stadt mindestens eine Straße den Namen „Straße der deutsch-polnischen Freundschaft“ trug.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, freuen wir uns darüber, dass diese furchtbaren, absurden Begebenheiten uns heute so unwirklich, so weit entfernt von unserer heutigen Realität erscheinen, dass wir sie kaum glauben können. Freuen wir uns darüber, dass die Un-

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

rechtsregime, die hierfür die Verantwortung trugen, von den friedlichen Protesten der Bürgerinnen und Bürger in Europa hinweggefegt wurden.

Als kleines Zeichen unseres Dankes und als kleine, sozusagen „Stein gewordene“ Erinnerung an die Überwindung der sozialistischen Diktaturen und des von ihnen errichteten „Eisernen Vorhangs“ in Europa darf ich Ihnen Herr Botschafter Dr. Marek Prawda, Frau Sandra Kalniete, Herr Tunne Kelam, Herr Tamás Deutsch und Herr Pavel Svoboda diese kleinen Stücke der friedlich überwundenen Berliner Mauer überreichen.

Ihnen, lieber Herr Dr. Knabe danke ich ganz herzlich für Ihre aufrüttelnden Worte gegen das Vergessen und wünsche Ihnen für Ihre wichtige Arbeit als Direktor der bemerkenswerten Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, die wir vor einigen Jahren mit dem Vorstand unserer Fraktion besuchen durften, weiterhin alles Gute.

Fotonachweise

Titelseite	picture-alliance/dpa Fotolia
Alle Fotos der Redner	EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
Seite 7	picture-alliance/dpa
Seite 8	picture-alliance/dpa
Seite 12	picture-alliance/dpa
Seite 14	picture-alliance/dpa
Seite 16	Europäische Kommission
Seite 19	picture-alliance/dpa
Seite 26	picture-alliance/dpa

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 / 22 77 57 75
Fax: 030 / 22 77 69 58

info@cducsu.eu
www.cducsu.eu

Redaktion: Stephan Mock
Stand: Januar 2015

Gestaltung: www.lfgberlin.de